

**Würde der im Jahr 1935 von Prof. Irving Fisher publizierte
Vorschlag „100 Prozent Geld“ Blasen und Depressionen
wirkungsvoll vermeiden?**

03.04.2009 ds/mo

In Reaktion auf die schwere Krise des Weltfinanzsystems und der anschließenden Depression 1929 bis 1933 hat Irving Fisher einen Ansatz formuliert, wie man aus seiner Sicht solche großen Depressionen verhindern kann. Er hat im Kern richtig darauf hingewiesen, dass das Verhältnis zwischen gesetzlichen Zahlungsmitteln und Versprechen auf gesetzliche Zahlungsmittel (Schuldverschreibungen, insbesondere Giralgeld) je größer es wird eine umso höher werdende Instabilität des Geldsystems zur Folge hat. Und dass dieses Verhältnis gerade dann ungünstig wird, wenn die Wirtschaft boomt, d. h. dass es gerade in einer konjunkturell eigentlich positiven Lage zu einer vermehrten Schöpfung von Geldansprüchen, der Geldblase, kommen kann. Wenn die Instabilität dann zu einer geringeren Akzeptanz für Geldansprüche, d. h. einem „Run“ auf gesetzliches Zahlungsmittel führt, können heftigste Auswirkungen auf die Realökonomie die Folge sein, insbesondere über eine Deflation. Sein Ansatz besteht darin, die Menge an Zentralbankgeld, also den gesetzlichen Zahlungsmitteln, soweit zu erhöhen, dass 100 Prozent aller Giralgelder, die von den Banken geschaffenen, täglich fälligen „Bankgelder“ dadurch „gesichert“ sind.

Zu diesem Ansatz ist Folgendes zu sagen:

Eine entscheidende Frage ist: Wer trägt die Risiken von Kreditausfällen?

Denn schließlich sind alle gesetzlichen Zahlungsmittel, die in Umlauf gebracht werden, auch Kredite, die von anderen Akteuren aufgenommen werden. Fisher versucht, dieses Problem auf der einen Seite so zu lösen, dass sich die öffentliche Hand in dem gleichen Umfeld verschulden soll bei der Zentralbank, wie diese Zentralbankengeld ausgibt. Der Kreditnehmer der Zentralbank wäre insofern immer der Staat, der dann dieses neu geschöpfte Geld über öffentliche Ausgaben in den Umlauf bringt. In einer geschlossenen Ökonomie mag dies noch vom Prinzipiellen her funktionieren (Staatsschulden wären dann so etwas wie zukünftig zu leistende Steuerzahlungen). In einer kompetitiven Weltökonomie resultieren daraus allerdings Probleme. Denn ein Zahlungsbilanzdefizit würde bzw. der entsprechende Zahlungsbilanzsaldo müsste über eine zusätzliche Staatsverschuldung kompensiert werden, um die national „aktive“ Geldmenge konstant zu halten. Die Zentralbankgeldmenge würde dabei im Ausland wachsen, ohne dass die nationale Ökonomie diese Ausweitung nachvollzieht. Werden dann mit diesem Überschuss reale Werte (von privaten Eigentümern) erworben, erhöht sich die national aktive Zentralbankgeldmenge, ohne Möglichkeit der Reduktion.

Eine weitere Frage, die dann noch bleibt, ist: Wer übernimmt das Risiko für weitere vergebene Kredite der Banken? Die Kredite sollen bei dem 100 Prozent Money-Ansatz nur gesparte Gelder sein, die von den Sparern für

die Kreditvergabe bereitgestellt werden sollen. Bei diesem Ansatz würde es letztendlich bedeuten, dass die Sparer in Summe sämtliches Kreditrisiko übernehmen müssten. Die Banken wären lediglich Vermittler, also Makler zwischen den Sparern und den kreditsuchenden Institutionen. Wie würden dann z. B. Fristentransformationen realisiert? Es gibt nur einen einzigen Satz in dem Buch, der darauf hindeutet, dass dieses insgesamt ein noch nicht gelöstes Problem in dem dokumentierten Ansatz darstellt. Dieses Problem ist aber entscheidend.

Des Weiteren ist entscheidend die Frage der Handelbarkeit von Schuldverschreibungen, d. h. die Frage der Zulässigkeit von Inhaber-Schuldverschreibungen. Im jetzigen fraktalen Bankensystem, bei dem nur ein gewisser Anteil an Mindestreserven in Bezug auf die vergebenen Kredite zu halten sind, wird der notwendige Anteil an Mindestreserve von den Akteuren z. B. so reduziert, dass sie ein so genanntes Account Sweeping durchführen. Bei dem Account Sweeping wird täglich fälliges Giralgeld über Nacht in längerfristige Spareinlagen gewandelt, die nicht Mindestreservepflichtig sind. Solange „verbriefte Spareinlagen handelbar sind, ist das Instabilitätsproblem des Systems auch nicht mit einem 100 % Geld-Ansatz gelöst. Man kann sich dies klar machen, indem man annimmt, dass sämtliche Spareinlagen Tagesgelder sind. Die gleiche Situation würde man haben, wenn die Laufzeit sämtlicher Spareinlagen 1, 10 oder 100 Jahre ist. Der Zeitpunkt der möglichen Krise wäre dann nur weiter in der Zukunft. Die grundsätzliche Frage ist: Was passiert, wenn die

bisherigen Sparer bei Ablauf der Bindungsfrist nicht mehr bereit sind, ihr Eigentum (Zahlungsmittel) als Kreditgeld anderen zu verleihen? Dann hängt es entscheidend davon ab, wie viel Spargelder in Relation zu dem gesetzlichen Zahlungsmittel vorhanden sind und was dies für die Ökonomie bedeutet? Womit werden Spareinlagen „bedient“, wenn sie in Giralgeld „gewandelt“ werden, d. h. Kredite nicht verlängert werden? Ohne die Bereitschaft Kredite zu gewähren sind Kredite nicht möglich. D. h. ein Kernproblem als „Startschuss“ einer Krise ist die sinkende Bereitschaft Kredite zu gewähren – auch in einem 100 %-Money-System. D. h. entscheidend ist das Risiko des Zahlungsausfalls, das Risiko, dass ein Kredit nicht zurückgezahlt wird. Wenn dies „Der Markt“ nicht mehr übernehmen will, soll es dann auf die Zentralbank verlagert werden? Oder auf den Staat? Hier stellt sich dann die Frage, ob die Risikoübernahme für Kreditausfälle wünschenswerterweise eine öffentliche Dienstleistung sein soll und ob man dies überhaupt in einer sinnvollen Art und Weise realisieren könnte.

Dies ist auch heute so der entscheidende Punkt. Es geht also nicht darum, zu fragen, wie viel täglich fälliges Giralgeld in Relation zum Zentralbankgeld vorhanden ist, sondern wie die Relation des gesamten Volumens der Geldansprüche gegenüber der Menge an gesetzlichem Zahlungsmittel ist? Und dabei ist die Relation nur ein Teilaspekt, die Umlaufgeschwindigkeit des gesetzlichen Zahlungsmittels im Finanzmarkt, d. h. die Akzeptanz von Schuldverschreibungen als alternative Zahlungsmittel im Finanzmarkt, ist der zweite Teilaspekt. Dieser zweite

Teilaspekt kann auch nicht darüber gelöst werden, dass auch alle täglich fälligen Spareinlagen durch gesetzliches Zahlungsmittel gesichert werden (u. a. Inflationsgefahr, Risikoübernahme aller Kredite), sondern hierfür ist für eine Umlaufgeschwindigkeit zu sorgen. Das heißt, man braucht einen Mechanismus, um das Horten von Liquidität, insbesondere von gesetzlichem Zahlungsmittel zu unterbinden. Fisher hat darauf hingewiesen, war allerdings der Meinung, dass allein eine 100 Prozent Zahlungsmittelabdeckung von Giralgeld ausreichen würde, das Horten zu unterbinden. Seine Argumentation muss eindeutig als viel zu schwach bewertet werden, wie dies ja auch in der aktuellen Krise zu sehen ist.

Hinweis: In der aktuellen Weltwirtschaftskrise 2008 ff ist der Faktor von täglich fälligem Giralgeld der Banken zum Zentralbankengeld gerade mal 4:1. Die Spargelder, also sämtliche andere Finanzvermögenswerte inklusive Aktien stehen zum Zentralbankgeld im Verhältnis von ca. 50:1. Schon allein daraus sollte klar werden, dass allein eine vollständige Deckung der Giralgelder über Zentralbankgeld keine wirkliche Lösung des Problems darstellt, sondern es ist die gesamte Verschuldung in Relation zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu betrachten, gerade auch die Gesamtverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (aktuell 4:1).

Resümee: Auf den ersten Blick erscheint ein 100 Prozent Geldansatz, wie ihn Fisher vorschlägt, überlegenswert. Auf den zweiten Blick wird aber klar, dass die eigentlichen Probleme

1. Überschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

2. die Sicherstellung von Zahlungsmittelumlauf

damit nicht lösbar sind. Allein über eine Steuerung der Basis

(Zentralbankgeld) der Kreditschöpfung kann man das Gesamtvolumen der

Kreditschöpfung nicht kontrollieren und in geordnete Bahnen bringen. Dies

gilt insbesondere dann nicht, wenn man Bonitäts-, Fristen- und

Liquiditäts-Transformationen bei Kreditvergaben ermöglichen will.